Kampf um 15 Euro: St. Wendeler fordern höheren Mindestlohn!

Im Landkreis St. Wendel fordert die NGG eine Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro, um Lebenshaltungskosten zu decken.

St. Wendel, Deutschland - Im Landkreis St. Wendel ist die Diskussion um eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns von 12,82 Euro pro Stunde neu entbrannt. Rund 2.400 Menschen, die derzeit von diesem Lohn leben müssen, stehen vor der Herausforderung, dass dieser kaum zum Leben reicht. Eine Studie des Pestel-Instituts, in Auftrag gegeben von der Nahrungs-Gewerkschaft NGG, fordert daher eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde. Dies würde einen monatlichen Anstieg des Bruttoeinkommens um etwa 375 Euro für Vollzeitbeschäftigte bedeuten, was für fast 7.000 Menschen im Landkreis St. Wendel eine erhebliche Verbesserung darstellen würde. Insbesondere Mini-Jobber und Beschäftigte in der Gastronomie könnten von dieser Erhöhung profitieren.

Insgesamt stünde der Region damit jährlich ein zusätzliches Einkommen von etwa 4,6 Millionen Euro zur Verfügung, berichten die Nachrichten von City Radio.

Die NGG sieht in der Erhöhung des Mindestlohns nicht nur eine soziale, sondern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Die Entscheidung über eine mögliche Anhebung liegt jedoch bei der Mindestlohnkommission, die Ende Juni zu Verhandlungen zusammentrifft. Mit dem aktuellen Ziel der Bundesregierung, die 15 Euro-Marke zu erreichen, wird die Debatte noch spannender. Viele engagierte Stimmen aus den Gewerkschaften fordern eine schnelle Umsetzung dieser längst überfälligen Maßnahme.

Ein Blick auf die Situation in Ostdeutschland

Ähnlich wie im Landkreis St. Wendel ist auch in Ostdeutschland die Lage vieler Mindestlohn-Beschäftigter angespannt. Laut dem Mindestlohn-Monitor des Pestel-Instituts verdienen dort rund 514.300 Menschen den gesetzlichen Mindestlohn. Uwe Ledwig, Vorsitzender der NGG Ost, fordert daher ebenfalls eine zügige Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde. Lebenshaltungskosten wie Mieten und Preise für alltägliche Güter steigen kontinuierlich, was die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung unterstreicht.

Die Forderung der NGG Ost birgt erhebliches Potenzial: Eine Anhebung des Mindestlohns würde rund 1.602.100 Menschen in Ostdeutschland zugutekommen. Diese Beschäftigten verdienen derzeit weniger als 15 Euro pro Stunde. Bei einer Erhöhung um 2,18 Euro würden die Löhne um monatlich etwa 375 Euro brutto steigen, wodurch die Kaufkraft in der Region erheblich gestärkt werden könnte. Laut Berechnungen des Pestel-Instituts stünden den Mindestlohn-Beschäftigten in Ostdeutschland jährlich rund 915,3 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Uwe Ledwig hebt hervor, dass diese zusätzlichen Mittel insbesondere für grundlegende Bedürfnisse der Beschäftigten notwendig sind, wie die Nachrichten von NGG Ost eindrücklich schildern.

Zusammenfassend sind die Forderungen nach einer Anhebung des Mindestlohns sowohl in St. Wendel als auch in Ostdeutschland laut und klar. Die kommenden Verhandlungen der Mindestlohnkommission werden entscheidend dafür sein, ob diese Maßnahmen in naher Zukunft Wirklichkeit werden können.

Details	
Ort	St. Wendel, Deutschland
Quellen	• cityradio.saarland • ost.ngg.net

Besuchen Sie uns auf: mein-wien.net